

<b>Vergleich der Parteiprogramme</b>	
<b>Linke</b>	<b>NSDAP</b>
<a href="https://www.die-linke.de/">https://www.die-linke.de/</a>	<a href="http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html">http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html</a>
<b>Wir fordern: Finanzmärkte schrumpfen – und die Macht der Banken brechen</b>	<b>Wir fordern: Brechung der Zinsknechtschaft!</b>
Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten, Gewerkschaften und öffentlicher Hand könnten die Ressourcen der Banken dazu genutzt werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken	Wir fordern die <b>Verstaatlichung</b> aller (bisher) bereits vergesellschafteten ( <b>Trust</b> ) Betriebe.
Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss ausreichend vom Staat finanziert werden. Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – müssen gestoppt und umgekehrt werden. (Hinweis: Zum Nazi-Begriff „ <b>Daseinsvorsorge</b> “ – siehe unten)	Um jeden fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen.
Die Reichen haben viele Verbündete in der Politik. Sie können ihrer Stimme mehr Gewicht verleihen. Wir halten dagegen.	Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen.
Reichtum wird vererbt – meist ohne dass nennenswerte Steuern bezahlt werden.	Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.
Wir wollen das Rentenniveau anheben: Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit die Renten für alle spürbar steigen.	Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.
Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer umwandeln. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und Freiberufler einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet.	Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seiner Erhaltung, sofortige <b>Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser</b> und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
Die weißen Flecken auf der Landkarte der betrieblichen Mitbestimmung – Betriebe ohne Mitbestimmung oder gewerkschaftliche Vertretung – müssen beseitigt werden.	Wir fordern die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
Wir wollen alle deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen und Rüstungsexporte verbieten.	Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die <b>persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen</b> am Volke bezeichnet werden.

<p>Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz. Um gegen die Wirtschaftskriminalität von juristischen Personen vorzugehen, wollen wir ein Unternehmensstrafrecht einführen.</p>	<p>Gemeine Volksverbrecher, <b>Wucherer, Schieber</b> usw. sind <b>mit dem Tode zu bestrafen</b>, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.</p>
<p>Die Eigentumsfrage ist die Schicksalsfrage für die Zukunft der Demokratie.</p> <p>DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der <b>Daseinsvorsorge</b>, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen</p> <p>(Hinweis: Zum Nazi-Begriff „<b>Daseinsvorsorge</b>“ – siehe unten)</p>	<p>Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte <b>Bodenreform</b>, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke.</p>
<p>Wir werden demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen fördern. Sie können in Zukunft im Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen, einer demokratischen, sozialistischen und ökologisch nachhaltigen Zukunftswirtschaft.</p>	<p>Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemein-Recht.</p>
<p>Wir wollen eine aktive staatliche Industriepolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert</p>	<p><b>Gemeinnutz vor Eigennutz</b></p>
<p>Grundlegende Bereiche der <b>Daseinsvorsorge</b> wie Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Fernverkehr, Kommunikationsinfrastruktur und Abfallentsorgung müssen in öffentlicher Hand organisiert sein. Wir werden uns daher an keiner Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.</p>	<p>„<b>Daseinsvorsorge</b>“ der im Parteiprogramm fast auf jeder Seite vorkommt, ist nachweislich ein vom Nazi-Soziologen Ernst Forsthoff erfundener Begriff.</p> <p>Sein Buch: „<b>Der totale Staat</b>“ in dem das erläutert wird, was die nationalen, bzw. sich international gebenden nationalen Sozialisten der Linkspartei gleichermaßen umsetzen möchten, ist bei Linksparteien regelmäßig ein „Standardwerk“</p> <p><a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Forsthoff">https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Forsthoff</a></p>